

Was wir meinen

Vor kürzen hat Journal B die Vernehmlassungsvorlage zur städtischen Kulturförderung 2020-2023 vorgestellt. Jetzt äussern wir unsere Meinung dazu. Tenor: Das viele Positive konsequent weiter denken – und noch etwas mehr Geld, bitte!

Die städtische Kulturstrategie 2008-2011 erhöhte die Mittel gegenüber der Vorperiode pro Jahr um 4,1 Millionen oder 14,2% auf rund 32 Millionen. Das war ein Zeichen.

Finanziell Luft nach oben

In besserer Finanzlage will die Stadt zwölf Jahre später nochmals zulegen um 2,275 Mio. bzw. 7%. Auch das ist ein erfreuliches Zeichen, umso mehr als der Kanton Bern in seiner neuen Kulturstrategie auf dem finanziellen *status quo* verharrt. Freilich besteht in der Stadt Luft nach oben, wenn die Kulturausgaben mit der Entwicklung der Gesamtausgaben Schritt halten sollen. Das wäre, nimmt man die Bekenntnisse zur Bedeutung der Kultur ernst, angemessen.

Nun bedeutet mehr Geld nicht a priori Gutes. Natürlich kommt es darauf an, wofür und wieviel. Da bietet die Vernehmlassungsvorlage guten Grund, einzuhaken.

Viel Positives

Zuerst das Positive. Es gibt Vieles zu loben. Das beginnt mit dem Bekenntnis zu einem weiten Kulturverständnis. Richtig ist die stetige Anpassung der Förderung an die sich wandelnden Anforderungen der Gesellschaft und der Kulturschaffenden. A propos Gesellschaft: Dass die geförderte Kunst der Gesellschaft – also uns allen, woher wir kommen, wer wir sind, was wir glauben und meinen – weiterhelfen soll, ist zwar selbstverständlich, aber noch zu selten in offiziellen Texten zu lesen. Das Gleiche gilt fürs Ernstnehmen der Arbeitsbedingungen im Bereich der Kunst: Löhne, Gagen, soziale Sicherheit, sichere Anstellungen wenn immer möglich. Auffällig sind konkrete Bezüge zur wirtschaftlichen Realität. So wird gewarnt, einzelne Organisationen stünden vor einem «Generationenwechsel», indem die bescheiden entschädigenden Gründer/innen zurücktreten und die Nachfolgenden «normale» Ansprüche stellen.

Ebenfalls positiv zu vermerken sind die Bestrebungen, die Bevölkerung nicht nur als Steuerzahlerin wahrzunehmen oder als zahlendes Publikum anzusprechen, sondern in der Vielfalt ihrer Ansprüche zu berücksichtigen, als Partnerin ernst zu nehmen, bis hin zur Mitarbeit an Kunstwerken und zur Mitwirkung in Förderkommissionen und bei Kunst im öffentlichen Raum. Soviel kulturelle Teilhabe war noch nie – und es ist nur zu hoffen, dass es nicht bei der Geduld des Papiers bleibt, sondern auf die Worte Taten folgen. Dies verlangt Kommunikation mit allen Anspruchsgruppen. Auch sie – bisher nicht gerade die Stärke von KulturStadtBern – figuriert prominent im Massnahmenkatalog.

Interpretationsbedarf

Dieser Katalog, und hier beginnt die Irritation, deckt sich allerdings nicht so ganz mit jenem im Vierjahresplan 2017-2020 der städtischen Kulturstrategie, auch in der zeitlichen Periodizität nicht. Dies verwirrt, denn natürlich fragt man sich, wieweit der inhaltliche Plan (gemäss Strategie) und der finanzielle Plan (gemäss Vernehmlassungsvorlage) übereinstimmen. Eigentlich müssten sie sich decken – wozu sonst wäre die so breit erarbeitete Strategie gut? Doch im Detail nachprüfen lässt es sich nicht, zu verschwurbelt sind manche Formulierungen. Vieles ist offen für Auslegung.

Prominentes Beispiel dafür: Die Kultur in der Stadt soll gemeinsam – von Kulturschaffenden und Bevölkerung – definiert und gelebt werden, und zwar «konvivial», losgelöst von «kulturpolitischen Wahrheiten von Staates wegen». Kultur als Hilfe zur Emanzipation, das tönt schön und utopisch, anarchisch oder revolutionär, aber ist das Motto oder Credo wirklich so gemeint? Falls ja, ist es glaubwürdig? Und woran lässt sich die Umsetzung messen?

Nach-Fragen

Zu Recht wird festgestellt, dass einige Kulturinstitutionen »deutlich unterfinanziert« seien. Die neu vorgesehenen Subventionen beseitigen jedoch die Unterfinanzierung nicht. Probleme bestehen aus unserer Sicht mindestens für die Kinemathek Lichtspiel (deren Lage der «Bund» unlängst differenziert schilderte) und Buskers Bern. Näher betrachtet werden muss auch die Camerata Bern. Anstatt diesen bewährten Organisationen mehr Luft zu verschaffen, werden sozusagen «auf Vorrat» neue Förderkredite – etwa für Altstadt-Keller – erfunden oder bestehende – wie jene für Stadtentwicklung durch Kultur oder für Ateliers und Infrastrukturen – deutlich erhöht, ohne dass zwingende Gründe dafür ins Feld geführt werden. Gerade was Ateliers betrifft, hört man aus dem PROGR oder dem Zieglerspital, dass sich der Bedarf in Grenzen halte. Hier sollte die Stadt nochmals über die Bücher.

Frag-würdige Beispiele

Glaubwürdigkeit prüft man am einfachsten, indem man Worte und Zahlen vergleicht. Und da findet man leider einige Beispiele, bei denen die Übereinstimmung fehlt.

Beispiel 1: Buskers Bern

Das Strassenkunstfestival, heuer im 15. Jahrgang, zieht an drei Tagen 60'000 bis 80'000 Besuchende aus Stadt und Region an, die ein vielfältiges Musik-, Theater-, Performance-Programm für Erwachsene und Kinder geniessen. Die Auftrittsmöglichkeiten haben Förderwirkung für viele Künstlerinnen und Künstler. Zahlreiche Besucher halten Buskers für ein offizielles Stadtfest und verstehen nicht, dass der Festival-Bändel zu zehn Franken ein bescheidener Beitrag an die Kosten ist. Die Subvention von Fr. 100'000.- entspricht einem Beitrag von 1.25 pro Besucher/in; rechnet man die kostenlosen städtischen Dienstleistungen dazu, steigt der Beitrag auf gegen 2 Franken. Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt ca. 90%

Das geht nur auf, weil man den Verantwortlichen nur ein Minimum an Entschädigung gewährt und auf sehr viel Gratisarbeit zahlreicher Freiwilliger setzen kann. In den kommenden Jahren tritt die Gründer/innen-Generation ab. Die Nachfolger/innen werden um 30% höhere Löhne beanspruchen, um im Quervergleich mit anderen Organisationen in der Stadt anständig bezahlt zu sein, qualitativ gleich viel leisten zu können und Verantwortung zu übernehmen. Deshalb ersuchte Buskers um eine Subvention von Fr. 210'000.- ab 2020. Zugestanden werden sollen Fr. 120'000.-, also gerade 20'000 mehr als seit 12 Jahren. Das ist deutlich zu wenig. Es reicht knapp, um die erhöhten SUISA-Gebühren, die steigenden Mieten und allgemeine Kostensteigerung – gerade auch von städtischen Betrieben – auszugleichen. Es reicht insbesondere nicht für anständige Löhne.

Nun ist Buskers Bern tripartit subventioniert, die Stadt ist nicht frei in der Festlegung der Höhe. Trotzdem: Der Beitrag muss im Sinne der Erkenntnis, dass Generationenwechsel zu höherem Aufwand führen, neu geprüft werden. Falls die Stadt den Kanton und die Regionsgemeinden nicht überzeugen kann, ist zu überlegen, was sie zusätzlich leisten kann. Ein Beitrag aus dem Kredit

Stadtentwicklung durch Kultur zum Beispiel – immerhin ist Buskers ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Erwogen werden könnte auch, einen Anteil der Bundesmillion dafür zu verwenden, denn Buskers gibt gerade der Bundesstadt ein besonderes Gepräge. Fr. 100'000.- weniger an eine der grossen Kulturinstitutionen bzw. an den Hauptstadtkulturfonds wäre dort zu verschmerzen und für Buskers Überlebenshilfe.

Nun kann man einwenden, zuerst sollte Buskers sein Eigenkapital von rund Fr. 400'000.- aufzehren, das dank grossem Wetterglück geäufnet werden konnte. Das wäre fatal: Bei einem Jahresbudget von rund Fr. 800'000.- und extremer Wetterabhängigkeit des Festivals ist diese Reserve auch für die Stadt ein unerlässliches Polster, damit nicht jede negative Überraschung gleich die Existenz bedroht.

Beispiel 2: Theaterfestival auawirleben

2'300 Eintritte wurden in dem eben zu Ende gegangenen zehntägigen Festival verzeichnet. Das sind 600 oder 22% weniger als vor vier Jahren. 2016 machte die städtische Subvention von Fr. 330'000.- rund Fr. 160.- pro Eintritt aus. Die Eigenwirtschaftlichkeit betrug 37,2%.

Nun will die Stadt – sie subventioniert allein – auf 2020 den Beitrag auf Fr. 600'000.- erhöhen. Bei der gleichen Besucherzahl wie heuer bedeutete dies dann einen Beitrag von Fr. 260.- pro Platz, etwa gleichviel wie bei Konzert Theater Bern über alle vier Sparten.

Auch wenn man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen mag, auch wenn eine Subventionierung tripartit anders funktioniert als durch die Stadt allein, auch wenn man auawirleben die finanzielle Besserstellung wirklich gönnt – irgendetwas geht bei so riesigen Unterschieden nicht auf. Da besteht Bedarf, die Angemessenheit der Erhöhung nochmals zu prüfen.

Beispiel 3: Hauptstadtkulturfonds

Mit rund Fr. 550'000.- bis 600'000.- sollen per Ausschreibung jedes Jahr Projekte gefördert werden, die für Bern besonders bedeutend sind, überregional ausstrahlen und die Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben stärken. Mindestens drei Akteure sollen über die üblichen künstlerischen Produktionsweisen hinaus kooperieren. Eine vom Gemeinderat eingesetzte Fachkommission prüft die Eingaben und stellt dem Stadtpräsidenten Antrag. Auf die letzten Ausschreibungen sei nur eine recht geringe Zahl von Eingaben eingetroffen. 2018 kommt einzig das Projekt «République Géniale» von Kunstmuseum und Dampfzentrale zum Zug mit einem Beitrag von Fr. 230'000.-. Nun soll das Verfahren geringfügig geändert, der Kredit aber beibehalten werden. Man fragt sich: Sind die Anforderungen zu unklar oder zu hoch? Kommuniziert die Fachkommission zu wenig oder zu undeutlich? Der Eindruck: Da wird ein Kredit geäufnet, dessen Verwendungszweck entweder die Realität der Kulturproduktion nicht trifft oder von der Fachkommission wenig flexibel verstanden wird. Warum so viel Geld für einen nicht zwingend erscheinenden Bedarf?

Aufgaben von Bekult

Natürlich weisen zumindest Buskers und das Lichtspiel auf ihre unbefriedigende Lage hin. Selbstverständlich freut sich auawirleben. Vermutlich werden weitere Veranstalterinnen und Veranstalter für ihre Sache lobbyieren. Das funktioniert so. Nun gibt es in Bern seit zehn Jahren BEKULT, die Interessengemeinschaft der Kulturveranstalter. BEKULT könnte, ja sollte, in den eigenen Reihen diskutieren und dann mit einer geeinten Position an die Stadt gelangen. Warum sollte dies

wirkungslos sein? Eine Art Vor-Ausgleich anzustreben und nicht einfach das städtische Programm hinzunehmen, das könnte BEKULT zur unentbehrlichen Partnerin der Stadt machen und stärken.

Und weil BEKULT gute Verbindungen zu den Kulturschaffenden hat, könnte die Organisation auch die Kredite der direkten Förderung näher anschauen. Sind die Spartenkredite für Theater und Tanz, Musik, bildende Kunst und Literatur hoch genug, um die gesteigerten Erwartungen erfüllen zu können? Braucht es wirklich alle zusätzlichen Kredite vollumfänglich, insbesondere den neuen für Kultur in Altstadt-Kellern und wofür genau? Wie müssten die Zweckbestimmungen der Kredite definiert und das Ineinandergreifen organisiert sein, damit sie optimale Wirkung entfalten? Und wer soll worüber entscheiden?

Kulturinformation ...

Unter den weiteren Themen, die im Vernehmlassungspapier angesprochen werden, figurieren die Information über Kulturveranstaltungen und die Plakatierung, namentlich auf den Kultursäulen, deren es zu wenige gibt und die oft an ungeeigneter Stelle stehen. Die Bernerinnen und Berner benötigen rechtzeitige und vollständige Information darüber, was im Bereich der Kultur im weiten Sinn läuft. Minimal bedeutet das: Die Kulturanlässe jeglicher Art müssen systematisch bekannt gemacht werden in einem Veranstaltungskalender und durch Vorschauen. Dies ist eine öffentliche Aufgabe. Wird sie nicht erfüllt, findet das Geförderte sein Publikum nicht – und findet die Bevölkerung nicht, was für sie wichtig sein kann (wozu sonst die Förderung?).

Diese Aufgabe erfüllt in der Region Bern heute die Berner Kulturagenda (BKA). Von der Stadt Bern und dem Anzeiger Region Bern organisatorisch, technisch, finanziell und ideell gefördert, ist die 2004 gegründete und seit 2007 wöchentlich als Beilage zum Anzeiger erscheinende Berner Kulturagenda (BKA) ein anhaltender Erfolg. Das Selbsthilfeprodukt der Berner Kulturszene (rund 220 Veranstaltende) erreicht 153'000 Haushalte in einem Verbreitungsgebiet, das 17 Gemeinden mit einer Bevölkerung von insgesamt 258'000 Personen umfasst. Es gibt in der Schweiz kein annähernd vergleichbares Modell. Mit dem Relaunch hat sich die BKA noch etwas stärker vom reinen Vorschauorgan entfernt, lässt vermehrt Meinungen zu und ist dadurch deutlich attraktiver geworden. Der Anzeiger Region Bern als Trägermedium der BKA hat übrigens laut der jüngsten Wemf-Erhebung (Basis: September 2016-September 2017) 18% mehr Leser/innen als im Vorjahr (plus 124'000), den grössten Zuwachs aller Printmedien überhaupt.

... und Kunstkritik

Kulturwerke und Kulturanlässe brauchen und verdienen Kritik. Kritik ist immer auch eine persönliche Einschätzung. Es ist sinnvoll, dass private Medien diese Aufgabe erfüllen. Im Idealfall vielfältig und kontrovers. Im laufenden Prozess der Konzentration der Printmedien einerseits und der Ausdifferenzierung elektronischer Medien andererseits ist die Zukunft schwerlich vorauszusagen. Ziemlich sicher erscheint, dass die Berichterstattung tendenziell zurück geht und die Kritik im eigentlichen Sinn ein Auslaufmodell ist.

Hier könnte die Stadt ein Zeichen setzen, indem sie die kritische Begleitung, Betrachtung und Reflexion der künstlerischen Produktion durch Medien jeder Art unterstützt. Das Gefäss müsste seriös konzipiert werden. Bis 2020 wäre Zeit genug, wenn die Diskussion bald aufgenommen wird.

Ein Fazit

Es gibt viel zu besprechen. Manches lässt sich finanzneutral ändern, indem Kredite umgeschichtet werden. Insgesamt würde eine Aufstockung des städtischen Mittelzuwachses um 1-2 Mio. viel entspannen. Damit wäre das Wachstum der Kulturmittel immer noch um Einiges geringer als das Wachstums des Gesamtaufwands der Stadt. Darüber könnte an einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert werden. Denn die bilateralen Diskussionen zwischen KulturStadtBern, Kanton und Regionalkonferenz mit den betroffenen Organisationen wurden sträflich vernachlässigt. Nacharbeiten tut Not.

- Christoph Reichenau, www.journal-b.ch